

## FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: Artikel III-165 (ex Artikel 14):

Déposée par Messieurs: **Joachim Wuermeling, Peter Altmaier**

Qualité: **suppléants**

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
<p>(1) Die Union entwickelt eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug, die auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen basiert. Diese Zusammenarbeit kann den Erlass von Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten umfassen.</p> <p>(2) Zu diesem Zweck werden durch Gesetze oder Rahmengesetze Maßnahmen festgelegt, die unter anderem Folgendes sicherstellen sollen:</p> <p>a) die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;</p> <p>b) die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;</p> <p>c) die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;</p> <p>d) die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;</p> <p>e) ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht;</p>	<p>(1) Die Union entwickelt eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug, die auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen basiert. Diese Zusammenarbeit kann den Erlass von Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten umfassen.</p> <p>(2) Zu diesem Zweck werden durch Gesetze oder Rahmengesetze Maßnahmen festgelegt, die unter anderem Folgendes sicherstellen sollen:</p> <p>a) die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;</p> <p>b) die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;</p> <p>c) die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;</p> <p>d) die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;</p> <p>e) ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht;</p>

<p>f) die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;</p> <p>g) die Entwicklung von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;</p> <p>h) Unterstützung bei der Weiterbildung von Richtern und Justizbediensteten.</p> <p>(3) Abweichend von Absatz 2 werden Maßnahmen zu Aspekten des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug durch ein Europäisches Rahmengesetz des Rates festgelegt. Dieser beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.</p> <p>Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einen Europäischen Beschluss erlassen, durch den die Aspekte des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug bestimmt werden, die nach dem normalen Gesetzgebungsverfahren geregelt werden können. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.</p>	<p>f) die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;</p> <p>g) die Entwicklung von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;</p> <p>h) Unterstützung bei der Weiterbildung von Richtern und Justizbediensteten.</p> <p>(3) Abweichend von Absatz 2 werden Maßnahmen zu Aspekten des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug durch ein Europäisches Rahmengesetz des Rates festgelegt. Dieser beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.</p> <p><del>Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einen Europäischen Beschluss erlassen, durch den die Aspekte des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug bestimmt werden, die nach dem normalen Gesetzgebungsverfahren geregelt werden können. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.</del></p>
---	--

---

### Begründung:

Familienrechtliche Regelungen sollten in jedem Fall weiterhin dem Einstimmigkeitsprinzip unterfallen. Die Wertvorstellungen und die Traditionen in den Mitgliedstaaten sind im Bereich des Familienrechts so unterschiedlich, dass die Einführung von Mehrheitsentscheidungen auf unabsehbare Zeit nicht angemessen erscheint. Deshalb sollte auch die Möglichkeit, per einstimmigem Ratsbeschluss bestimmte Bereiche des Familienrechts - de facto unwiderruflich - in die Mehrheitsentscheidung zu überführen, nicht in die Verfassung aufgenommen werden.